

Der Briefetal-Bote erscheint  
Dienstag, Donnerstag, Sonn-  
abend und Sonntag. Der  
Bezugspreis beträgt monat-  
lich 1,20 RM, zusätzlich Beleg-  
gebühr. Die einzelne Nummer  
kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-  
schäftsstelle Birkenwerder,  
Bahnhofs-Allee 5 und von  
allen Anzeigen-Expeditoren  
angenommen. Die neuange-  
legene Beleggebühr kostet 25 Pfennig,  
die Reklamezettel 1 RM.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen  
Neuendorf, Borgsdorf,  
Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ  
Frohnau, Summt  
und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Ar. 79

Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005

Sonntag, den 21. Mai 1933

Postfachkonto Berlin 62 448

32. Jahrg

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ein Hund als ausgelassen und eine Handtasche mit Inhalt  
als gefunden gemeldet.

Birkenwerder, den 20. Mai 1933.

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde. Blank.

### Deutsche Gartenbau-Ausstellung

Die feierliche Eröffnung in Berlin.

Festlicher Zapfenstreich, Blumen und Grünland grü-  
nen den Besucher der „Deutschen Gartenbau-Ausstellung  
Berlin 1933“. Die größte Ausstellungshalle Deutschlands,  
die Halle 1 am Kaiserdamm in Berlin, ist in einen riesigen  
Frühlingspark verwandelt.

Mit 1500 geladenen Ehrengästen aus Wirtschaft, Poli-  
tik und Kunst, Diplomatie und Presse wurde die „Deutsche  
Gartenbau-Ausstellung Berlin 1933“ feierlich eröffnet. Den  
Auskunft gab die Duvettüre zu „Garten“ von Beethoven.  
Namens der Stadt Berlin begrüßte Staatskommissar Vize-  
präsident Kühn die Eröffnungsfeier.

Danach ergriff der Reichsführer R. Lange, M.D.L.,  
das Wort und sprach von deutschen Gartenbau, einem Be-  
rufsbildung von größtem Fleiß und Beharrlichkeit, im Kampf  
um Deutschlands Selbstversorgung und Unabhängigkeit vom  
Ausland bemüht und hob die Not dieses Berufsstandes  
heraus und wie Hunderttausende seiner Angehörigen ein  
Opfer von Preisunterbietung und Wirtschaftsschwemme und  
schwerer materieller Wirtschaftspolitik geworden sind. Seine  
Wahnung an die Bevölkerung, die Ergebnisse des deutschen  
Gartenbaues zu verbrauchen, um so der deutschen Volkswirtschaft  
zu helfen, klang aus in den Worten:

„Der deutschen Arbeit die Ehre, der deutschen Ware  
den Vorrang unter allen Umständen, — das ist Kennwort  
und Forderung dieser Ausstellung.“

Die Eröffnungsansprache hielt der Leiter des Amtes  
für Agrarpolitik der NSDAP, Präsident Darré. Er ging  
davon aus, daß sich zwischen dem Reichsverband des Deut-  
schen Gartenbaues und dem von ihm geleiteten Amt für  
Agrarpolitik in den letzten Wochen eine außerordentlich  
fruchtbare und lokale Zusammenarbeit entwickelt habe. An-  
gesehen von der ersten außenpolitischen Lage Deutschlands wird  
es sehr schwer sein, nennmehr zu einer politischen Lösung der  
handelspolitischen Probleme des Gartenbaues durchzu-  
dringen.

„Wer diese prachtvolle Ausstellung sieht“, schloß er seine  
Rede, „der erkennt, daß die deutschen Gärtner mit uns  
Nationalsozialisten eines verbindet: Trotz Elend und Not  
beharrlich weiterzukämpfen und Leistungen herauszufstellen,  
die einmal doch der unentwegten Arbeit den endgültigen  
Sieg verbürgen müssen.“

„Möge das Deutsche Volk, insbesondere die Verbrauch-  
schaft, diesen unendlichen Behauptungswillen anerkennen  
dadurch, daß sie in nationaler Disziplin die Ergebnisse der  
heimischen Erde verbraucht.“

In diesem Sinne: Sieg Heil dem deutschen Gärtner!  
Ich erkläre hiermit die Ausstellung für eröffnet!“

### Georg Bernhard ausgelassen

Berlin, 19. Mai

Das Ehrengericht des Landesverbandes Berlin im  
Reichsverband der Deutschen Presse hat Georg Bernhard  
wegen seiner gegen das neue Deutschland gerichteten groben  
Behauptungen und Verleumdungen, die in dem Artikel des  
„Journal de Geneve“ am 5. dieses Monats enthalten waren,  
aus dem Reichsverband ausgelassen.

Wegen der Schwere der Verleumdungen, ihres landes-  
verräterischen Charakters und der Niedrigkeit der Gesinnung,  
die aus den Ausführungen hervorgeht, ist in dem  
Urteilspruch erklärt worden, daß Bernhard cum infamia  
aus dem Verband ausgeschlossen wird.

### Beim Fluchtversuch erschossen

München, 20. Mai.

Der im Konzentrationslager in  
Dachau untergebracht Schutzgefangene Hausmann, der bei  
Aufgabenarbeiten beschuldigter war, versuchte zu fliehen. Haus-  
mann blieb trotz wiederholten Anrufes des Wachtpostens  
nicht stehen. Der Posten feuerte daraufhin und traf den  
Flüchtling tödlich.

### Roosevelt erhofft großen Fortschritt

Washington, 20. März.

Präsident Roosevelt äußerte sich sehr befrifft über die  
Aufnahme, die keine Kundgebung und die Rede des Reichs-  
kanzlers Hitler in der ganzen Welt gefunden haben. Er  
hofft bestimmt auf einen großen Fortschritt, wenn nennmehr  
„die gegenwärtige Stimmung in Italien umgekehrt werden  
kann.“

Roosevelt teilte mit, daß er unabhängig von dem Gen-  
fer Ergebnis die Offizierszahl in Heer und Marine herab-  
setzen werde da beide Waffen zu viele Offiziere hätten. Eine  
Stabilisierung der Devisenkurse vor Beginn der Londoner  
Konferenz sei nicht geplant.

### Treuhänder der Arbeit

Berufsständische Sozial- und Wirtschaftsordnung

Berlin, 20. Mai.

Das vom Reichskabinett verabschiedete Gesetz über Treu-  
händer der Arbeit sieht die Einziehung von Treu-  
händern der Arbeit vor, denen in erster Linie die Regelung  
der Lohn- und Arbeitsbedingungen übertragen wird. Diese  
Regelung wird in Zukunft nach vollendetem Aufbau einer  
berufsständischen Sozial- und Wirtschaftsordnung Aufgabe  
der Berufsstände sein, also nicht mehr wie bisher durch  
Verbände erfolgen, die ohne Verbundenheit im Berufsstand  
sich als klassenmäßige Gegenpieler gegenüberstellen.

Den Gewerkschaften „ehlt zurzeit noch, auch nach ihrer  
Umstellung in der Leitung, der Zusammenschluß auf be-  
rufständischer Grundlage. Es würde daher mit der für die  
Zukunft beabsichtigten Regelung nicht zu vereinbaren sein,  
in der Uebergangszeit die Regelung der Lohn- und Ar-  
beitsbedingungen von den bisherigen Organisationen durch-  
führen zu lassen. Ebenso sind auch die Verbände der Ar-  
beitgeber in der Umstellung begriffen und kommen da-  
her als Tarifkontrahenten im gegenwärtigen Augenblick  
gleichfalls nicht in Frage.

Reben der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen  
haben die Treuhänder der Arbeit alle Maßnahmen zu treffen,  
die der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens dienen;  
auch sollen sie zur Mitarbeit an der Vorbereitung der neuen  
Sozialversicherung herangezogen werden.

Das Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete  
der Zwangssozialversicherung umfaßt 8 Artikel. Es sieht nach  
verschiedenen Richtungen eine wesentliche Erweiterung des  
Zwangsversicherungsschutzes für nichtlandwirtschaftliche, fortwirt-  
schaftliche oder gärtnerische Betriebe vor.

Die Zwangsversicherung eines Grundbesitzes ist auf die  
Dauer von längstens 6 Monaten nach dem neuen Gesetz ein-  
stellen einzustellen, wenn die Nichterfüllung der fälligen  
Verbindlichkeiten auf Umständen beruht, die in der wirt-  
schaftlichen Gesamtentwicklung begründet sind und die ab-  
zuwendenden der Schuldner nicht in der Lage war.

Nach dem neuen Gesetz soll ferner die erneute Einstel-  
lung der Zwangsversicherung nicht nur zweimal sondern  
mehrmals zulässig sein. Die erneute Einstellung ist auch  
dann zulässig, wenn der Schuldner einer ihm bei der vor-  
ausgegangenen Einstellung auferlegten Zahlungsaufgabe un-  
verschuldet nicht nachgekommen ist. Von besonderer Bedeu-  
tung ist auch eine neue Einfügung in diesem Gesetz, die  
den Schutz der unverschuldeten in Zahlungsschwierigkeiten ge-  
ratenen Schuldner gegen Zwangssozialversicherungseingriffe in  
seinem Hausrat, Gerätschaften und Vorräte vorsieht. Dieser  
Schutz ist befristet bis zum 31. März 1934.

Ebenfalls für die Zeit bis zum 31. März 1934 befristet  
ist eine wesentliche Einschränkung der Verschuldung zur  
Erfüllung des Offenbarungseides.

Der Schuldner soll die Leistung des Offenbarungseides und  
damit auch die Eintragung in die schwarze Liste regelmäßig  
dadurch abwenden können, daß er eine dem Offenbarung-  
eid inhaltlich entsprechende einfache Versicherung abgibt. Ge-  
nügt er dieser Auflage, so soll es zur Eidesleistung nur dann  
kommen, wenn die Eidesleistung zur Herbeiführung einer  
wahrheitsgemäßen Vermögensangabe notwendig erscheint.

### Das Gesetz zum Schutze der nationalen Symbole

verbietet die Symbole der deutschen Geschichte, des deutschen  
Staates und der nationalen Erhebung in Deutschland öffent-  
lich in einer Weise zu verwenden die geeignet ist das Emp-  
finden von der Würde dieser Symbole zu verletzen. Die  
Prüfung und Entscheidung, ob ein Gegenstand unter Miß-  
brauch eines nationalen Symbols in den Verkehr gebracht  
worden ist, soll im Verwaltungsverfahren stattfinden.

Das Mittel, mit dem den Mißbräuchen in diesen Fällen  
begegnet wird, soll die einschüßliche Einziehung sein.  
Mit Rücksicht auf die Vermögensschafe, die mit der Ein-  
ziehung verbunden sind, wird die Möglichkeit einer Be-  
schränkung gegeben. Einschüßigungen sollen in keinem Falle  
geändert werden, auch wenn der Betroffene schließlich ob-  
sidiert.

### Das Gesetz über den

### Zwangsversicherungsschutz für die Binnenfahrt

lehnt sich im allgemeinen an die Vorschriften der Verord-  
nung des Reichspräsidenten vom Februar 1933 über land-  
wirtschaftlichen Zwangsversicherungsschutz an. Von der Regelung  
erfaßt werden alle in einem deutschen Register für Binnen-  
schiffe eingetragenen Schiffe. Ausgeschlossen sind die kleinen,  
nicht eintragungspflichtigen Schiffe und die im Seeschiffs-  
register eingetragenen Schiffe. Die Frist für die Einsetzung  
des Zwangsversicherungsschutzes ist bis zum Frühjahr 1934 er-  
streckt worden. Der Zwangsversicherungsschutz soll nur solchen  
Schiffseignern zugute kommen, die des Schutzes würdig sind.  
Diese Voraussetzung fehlt, wenn der Schuldner eine Gewähr  
für eine ordnungsmäßige Geschäftsführung nicht zu bieten  
vermag.

### Aktive deutsche Mitarbeit

Hauptausstellung in Genf

Genf, 20. Mai.

Der Hauptausstellung der Abrüstungskonferenz trat unter  
dem Vorsitz des Präsidenten Henderson zusammen.  
Henderson verlas zunächst den Wortlaut der Bottschaft Roose-  
velts. Im Anschluß daran hielt er eine Rede, in der er  
eingangs darauf hinwies, daß nach der Bottschaft Roose-  
velts als zweites großes Ereignis die Rede anzusehen sei,  
die der Reichskanzler im Reichstage gehalten habe. Hen-  
derson analysierte sodann die beiden Kundgebungen des  
amerikanischen und des deutschen Staatsmannes. Im ein-  
zelnen führte Henderson aus, er spreche dem amerikanischen  
Präsidenten den Dank des Hauptausstellungsschiffes für seine mutige  
Initiative aus und er freue sich, daß verschiedene Regierun-  
gen diesen Dank ebenfalls dem amerikanischen Staatsober-  
haupt ausgesprochen hätten, insbesondere auch der deutsche  
Reichskanzler.

Er würde es für das zweckmäßigste halten, wenn dem  
Hauptausstellungsschiff sich dazu anschließte, die Vorschläge Roose-  
velts in den englischen Abrüstungskonventionen einzu-  
arbeiten. Dadurch würde es wahrscheinlich möglich sein, die  
meisten der Änderungsansprüche, die zu MacDonalds  
Plan eingereicht worden sind, zurückzuführen.

Henderson gab sodann einige wichtige Stellen aus der  
Rede des deutschen Reichskanzlers wieder.

Nach der Rede Hendersons ergriff sofort der deutsche  
Vertreter

### Botschafter Radolny

das Wort. „Ich darf mir erlauben“, sagte Botschafter Ra-  
dolny, „für die allgemeine Stellung Deutschlands zum Ab-  
rüstungsproblem und im besonderen zu dem jetzigen Stande  
der Konferenzarbeiten auf die Rede des Reichskanzlers zu  
verweisen, in der klar und unabweisend der Wille Deut-  
schlands zur Verständigung, zur Zusammenarbeit und zum  
Frieden zum Ausdruck gekommen ist. Auch für unsere Stellung  
zu der bedeutungsvollen Bottschaft des Präsidenten  
Roosevelt darf ich auf die vorstimmende Antwort des Reichs-  
präsidenten und auf die Worte hinweisen, mit denen der  
Reichskanzler seiner Genugtuung und seinem Einverständnis  
Ausdruck verliehen hat.“

Beide Kundgebungen sind ein starkes Bekenntnis zum  
Bedanken der Notwendigkeit der allgemeinen Abrüstung,  
ohne die eine Sicherheit der Nationen nicht verbürgt werden  
kann, und ein starkes Zeugnis des Willens, mit aller Kraft  
dazu beizutragen, diese Konferenz noch vor dem Beginn der  
Weltwirtschaftskonferenz zu einem positiven Ergebnis zu  
bringen.

Das deutsche Volk erwartet nach wie vor von dieser  
Konferenz zwei Ergebnisse: Sicherheit durch Abrüstung der  
hochgerüsteten Staaten und Vermittlung der deutschen  
Gleichberechtigung. Es glaubt, daß der britische Konven-  
tionsentwurf eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser  
Probleme bieten kann. Ich kann daher hiermit im Namen  
meiner Regierung erklären, daß wir diesem Entwurf nicht  
nur wie bisher als Diskussionsbasis, sondern als Grund-  
lage für die abzuschließende Konvention an-  
nehmen. Soweit wir Änderungen vorzuschlagen haben,  
werden sie dieser Einstellung entsprechen.

Ich hoffe, diese Erklärungen zeigen Ihnen aufs neue,  
mit welchem Geiste der Mäßigung und der Verständigung  
wir an dem Zustandekommen der Konvention mitarbeiten.  
Ich spreche die Hoffnung aus, daß auch die anderen Staaten  
das Ihre tun, um ihre Interessen in den Rahmen eines  
positiven Ergebnisses zu ziehen, wie es sich auf der Grundlage  
des britischen Konventionsentwurfes nunmehr abzeichnen  
scheint, einzuordnen.“

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach Unterstaats-  
sekretär Eden seine Befriedigung über die Roosevelt-Bot-  
schaft aus. Er bezeichnete die Erklärung des Reichs-  
kanzlers als eine neue Ermutigung, mit allen  
Kräften weiter zu arbeiten an der Ausarbeitung der Einzel-  
heiten der Abrüstungskonvention und gab der Hoffnung  
Ausdruck, daß es im Verlauf der nächsten Beratungen mög-  
lich sein werde, über die Hauptfragen der Truppenbestände  
und des Materials eine Entscheidung zu treffen.

Eine ganz kurze Erklärung gab der Vertreter Frank-  
reichs Maffigi ab. Der deutsche Vertreter, sagte er, habe  
die Rede des Reichskanzlers so interpretiert, daß sie es ihm  
erlaube, der Arbeit, die sich hier vollziehe, vorbehaltlose  
Unterstützung zu gewähren. Unter diesen Umständen sei  
das Hindernis beseitigt und der Weg offen. Die Konferenz  
müsse jetzt arbeiten, die französische Delegation sei dazu  
bereit.

Präsident Henderson schloß die Sitzung mit einem noch-  
maligen Appell an die Delegierten, rasch zu arbeiten. Von  
der Weltwirtschaftskonferenz in London müßten alle wich-  
tigen Entscheidungen gefallen sein.